

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattpreis

Geschäftstext: 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postkassentext: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Wöchentlich

6 Ausgaben.



Vertrieb:

Tagblattpreis Nr. 0050-53.

Von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postkassentext: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Bezugspreis: Im Verlag abgeholt: 8.800 M. M., in den Ausgabestellen: 8.900 M. M., durch die Träger ins Haus gebracht 10.000 M. M., vom 29. Okt. bis 3. Nov. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Verleumdungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Örtliche Anzeigen 2.000 M. M., Finanz-Anzeigen 2.500 M. M., Luftverkehrs-Anzeigen 3.000 M. M., auswärtige Anzeigen 2.000 M. M., bittliche Redaktionen 4.000 M. M., auswärtige Redaktionen 2.000 M. M. für die einseitige Redaktionszeile. — Alle Zeilenpreise sind freibleibend; Gebühren mit sofortiger Wirkung auch bei allen laufenden Aufträgen, ohne besondere Mitteilung. — Schluss der Anzeigenannahme: 10 Uhr vormittags.

Verliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Landauerstraße 35, Fernsprecher: Rheingau 2186.

Nr. 245.

Mittwoch, 31. Oktober 1923.

71. Jahrgang.

Der Konflikt mit Sachsen.

Der sächsische Landtag hat den sozialistischen Abgeordneten Jellisch zum Ministerpräsidenten gewählt. Dieser will ein rein sozialistisches Minderheitskabinett bilden, das nur für eine Übergangszeit im Amt bleiben und durch Auflösung der Demokraten und der Volkspartei regierungsfähig gemacht werden soll. Jetzt handelt es sich vor allen Dingen darum, wie weiteres Unheil verhütet werden kann. Schließlich dürfen die inneren Konflikte uns die schwere außenpolitische Lage des Reiches nicht vergessen lassen. Diese Einsicht sollte allen Kreisen das Bewusstsein stärken, daß man den Bogen nicht überspannen darf.

In Berliner Regierungskreisen wird der Standpunkt vertreten, das Recht des Reichspräsidenten, auch gegen Landesregierungen Maßnahmen zu treffen, sei unbestreitbar, wenn diese Regierungen durch ihr Verhalten die öffentliche Sicherheit gefährden. Man begründet diesen Rechtsstandpunkt in folgender Weise: Die Verfassung gibt dem Reichspräsidenten in Art. 48 das Recht, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit notwendigen Maßnahmen zu treffen, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört wird. Dieses Recht des Reichspräsidenten wird nur durch die Verfassung selbst eingeschränkt. Es müssen die Grundrechte der Reichsverfassung respektiert werden mit Ausnahme einiger sehr wichtiger, die außer Kraft gesetzt werden dürfen, nämlich der Bestimmungen über die Freiheit der Person, Hausfrieden, Briefgeheimnis, Pressefreiheit, Versammlungsrecht und Gewährleistung des Eigentums. Da sich weiter Beschränkungen aus den allgemeinen Bestimmungen der Verfassung nicht ergeben, wird gefolgert, daß es dem Reichspräsidenten freistehe, innerhalb dieser Grenzen Gesetze aufzuheben, die bewaffnete Macht einzusetzen, sowie wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen zu treffen. Der Reichspräsident werde also durch keine Bestimmung der Verfassung gehindert, im Falle der Not vorübergehend Mitglieder einer Landesregierung ihrer Dienstgeschäfte zu entheben und andere Personen mit dieser zu betrauen. In diesem Sinne ist der Reichspräsident bereits einmal, nämlich durch seine Verordnung vom 22. März 1920, gegen die Regierung in Thüringen verfahren: Dort wurde der Minister Paulsen als Reichskommissar eingesetzt mit der Ermächtigung, Mitglieder der Landesregierung und anderer Behörden Thüringens ihres Amtes zu entheben und andere Personen mit der Dienstleistung zu betrauen.

Der schwerste Fall der Maßnahmen, die der Reichspräsident auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung verordnen kann, ist der der Reichsrekursiv; wenn ein Land den ihm durch Reichsgesetze oder durch die Reichsverfassung auferlegten Verpflichtungen nicht nachkommt, kann der Reichspräsident dieses Land durch militärische Maßnahmen dazu anhalten, seine Pflichten zu erfüllen.

Abgeordneter Jellisch sächsischer Ministerpräsident.

Dresden, 30. Okt. In der heutigen Nachtigung des Landtags wurde der Abg. Jellisch (Soz.) mit 46 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. 18 Stimmen entfielen auf den Abg. Kaiser (N. Bdt.), 71 Abgeordnete waren anwesend. Die Deutschnationalen hatten vor Beginn der Sitzung den Saal verlassen, während die Kommunisten in der Stille enthielten. Abg. Jellisch nahm die Wahl an, worauf die Sitzung geschlossen wurde und das Haus sich auf Dienstag, den 6. Nov., vertagte. Schluss 11.30 Uhr nachts.

Dresden, 31. Okt. Wie verlautet, wird der vom sächsischen Landtag gewählte sozialdemokratische Abgeordnete Jellisch ein rein sozialistisches Minderheitskabinett bilden, das durch Auflösung der Demokraten und der Deutschen Volkspartei regierungsfähig und nur als ein Übergangskabinett gedacht ist.

Dresden, 31. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Liebmann, der Innenminister des sächsischen Kabinetts, wird auch in die neue Regierung, wahrscheinlich als Innenminister, eintreten. Auch der bisherige Justizminister Neu soll im Amt bleiben. Die anderen Posten werden voraussichtlich ebenfalls von Sozialdemokraten übernommen, so daß ein reines Minderheitskabinett gebildet wird.

Teilstreiks in Sachsen.

Dresden, 30. Okt. In zahlreichen industriellen Betrieben ist es heute zu Teilausschüben gekommen. In Breitzsch und Chemnitz wird gestreikt. In Bautzen haben auch die Arbeiter der Elektrizitäts- und Wasserwerke die Arbeit niedergelegt. Trotzdem kann von einer einheitlichen Durchführung des Generalstreiks in ganz Sachsen nicht gesprochen werden. In Dresden sind die staatlichen Betriebe der Streikparole nicht gefolgt. Auch die Zeitungen erscheinen. Das Wehrkreiskommando hat jede Aufforderung zum Generalstreik verboten.

Bautzen, 30. Okt. Seit heute früh ist der Generalstreik in Bautzen durchgeführt. Sämtliche größeren Betriebe liegen still. Die Elektrizitäts- und Wasserwerke sind eingestellt. Auch die Zeitungen können nicht erscheinen.

Ausscheiden der sozialdemokratischen Reichsminister?

Berlin, 31. Okt. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, haben die sozialdemokratischen Reichsminister anlässlich der Vorgänge in Sachsen dem Vorstand der Reichstagsfraktion ihre Absicht mitgeteilt, aus der Regierung auszuscheiden. Der Fraktionsvorstand hat in seiner gestrigen Sitzung die Minister ersucht, die Entscheidung der Reichstagsfraktion zu überlassen, die heute nachmittag 1.30 Uhr zusammentritt. Für die Vertagung eines endgültigen Beschlusses über die Frage des Verbleibens der Sozialdemokraten in der Regierung war u. a. der Umstand von Bedeutung, daß eine Klärung der Regierungsfrage in Sachsen abgewartet werden soll.

Berlin, 30. Okt. Der Vorstand der V. S. B. D. hat laut „Vorwärts“ gestern zu dem jüngsten Vorgehen des Reichstags gegen die sächsische Regierung Stellung genommen. Der Parteivorstand hält wie es in der Meldung des „Vorwärts“ heißt, das Vorgehen der Kommunisten in Dresden, die durch die Landtagsfraktion und Flugblätter zur Bewaffnung aufgefordert haben, für unverträglich mit den Interessen der Republik. Die Kommunistische Partei hat damit zugleich die Grundlagen zerstört, auf denen letzterzeit der Versuch einer gemeinsamen Regierungsbildung übernommen wurde. Der Parteivorstand ist der Auffassung, daß nach dem Hamburger Kommunismus und den Dresdener Vorgängen das Verbleiben der Kommunisten in der sächsischen Regierung unmöglich ist. Trotzdem hält der Parteivorstand das Vorgehen des Reichstags nicht für gerechtfertigt. Mit größerem Recht hätte die bayerische Regierung ausgeschaltet und in München ein Reichskommissar eingesetzt werden müssen. Der Parteivorstand wird sich sofort um die Entspannung der Situation in Sachsen bemühen. Er wird am Mittwoch gemeinsam mit der Reichstagsfraktion zu den sächsischen dem Reich, Bayern und Sachsen bestehenden schweren Differenzen Stellung nehmen.

Neue Besetzungen in Sachsen.

Dresden, 30. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Das Wehrkreiskommando teilt mit: Am 29. Oktober wurden von der Reichswehr Lebnitzfeld, Rimmelschau, Glauchau und Kirchberg neu besetzt.

Verbot politischer Versammlungen.

Dresden, 29. Okt. Das Wehrkreiskommando erläßt folgende Bekanntmachung: Unter Aufhebung der bisher über das Versammlungsrecht von mir erlassenen Verordnungen bestimme ich: Politische Versammlungen jeder Art sind im Freistaat Sachsen bis zur anderweitigen Regelung verboten. Zuwiderhandlungen unterliegen der in Ziffer 7 meiner Verordnungen vom 27. September angeführten Strafandrohungen.

Keine Rücktrittsabsichten des sächsischen Zivilkommissars.

Dresden, 30. Okt. Der Regierungskommissar für den Bereich des Wehrkreiskommandos 4, Reichsausschussgeordneter Reyer, teilt mit, daß die Meldung, das Wehrkreiskommando 4 zeige keine Meinung, die Anordnungen zu befolgen, die der Reichswehrminister über die Beurlaubung des Zivilkommissars ausgesprochen hat, unzutreffend ist. Seit dem Bekanntwerden des Beschlusses des Reichswehrministers hat das Wehrkreiskommando sich daran gehalten und dem Zivilkommissar die ihn betreffenden Angelegenheiten unterbreitet. Damit erledigt sich auch die Schlussfolgerung, daß der Zivilkommissar voraussichtlich heute seinen Rücktritt erklären werde.

Die vorläufige Antwort Bayerns an das Reich.

München, 30. Okt. Der bayerische Ministerrat hielt eine Sitzung ab, die um die Mittagsstunde beendet war. Über das Ergebnis soll eine amtliche Mitteilung herausgegeben werden. Der bayerische Gesandte in Berlin, v. Preger, werde mit Instruktionen im Sinne des Kabinettsbeschlusses nach Berlin zurückkehren.

München, 30. Okt. Wie die „Münch. N. N.“ melden, trat der Ministerrat heute vormittag zusammen und tagte bis über die Mittagsstunde hinaus. Die Sitzung diente vorerst einer informativsten Aussprache über die Bedeutung und Tragweite der Berliner Mitteilung vom 27. Oktober. Vor der endgültigen Entscheidung, die kaum vor Ende der Woche zu erwarten sein dürfte, sollen auch noch die Führer der Koalitionsparteien gehört werden. Diese treten heute zu einer Besprechung unter sich zusammen. Das Ergebnis der Besprechung wird der Staatsregierung in einer gemeinsamen Beratung unterbreitet werden.

München, 31. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Die vorläufige Antwort, die Dr. Preger am Mittwoch in Berlin übermitteln wird, kann als Betreten des Verhandlungsweges aufgefaßt werden. In der Hauptsache wird die Antwort in Rückfragen bestehen.

Die eventuellen Druckmittel des Reiches gegen Bayern.

Berlin, 30. Okt. Bezüglich der Maßnahmen, die seitens der Reichsregierung gegenüber der bayerischen Regierung geplant sind, erzählt man, daß bei einer Fortsetzung der bayerischen Opposition für den bayerischen Teil der Reichswehrtruppen, die von der bayerischen Regierung in Aussicht genommen worden sind, die Gebälter und der Sold nicht mehr bezahlt werden. Ferner hat die Reichsregierung im Einvernehmen mit den bayerischen Eisenbahnen die Ergriffung einer zweiten Maßnahme in Aussicht genommen. Über diese Maßnahme wird nichts Näheres mitgeteilt. Es verlautet jedoch, daß es sich um eine Proklamation des Verkehrs in Bayern handeln soll.

Die Schicksalsfrage.

as. Berlin, 31. Okt. (Drahtmeldung unserer Berliner Abteilung.) Auch der gestrige Tag hat, wie nicht anders zu erwarten war, eine Klärung der innerpolitischen Lage noch nicht gebracht. Immerhin bedeutet es

eine kleine Entspannung.

daß in der Nachtigung des sächsischen Landtages die Wahl des neuen sächsischen Ministerpräsidenten vorgenommen werden konnte. Herr Jellisch wird nunmehr sein sozialistisches Minderheitskabinett bilden, das durch die Auflösung der Demokraten und der Volkspartei regierungsfähig wird, das aber im ganzen auch nur als Übergangskabinett anzuprehen ist. Man muß sich wirklich immer wieder fragen, ob es nötig war, um dieses Ziel zu erreichen, so schweres Geschick aufzufahren, zumal da die Koalition zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten in Sachsen ohnehin brüchig war und man sich weiter fragen, ob nicht eine so nachsichtige Politik, wie sie Bayern gegenüber vom Reich betrieben wird, ebenso Herrn Feigler, über dessen politische Unfähigkeit gar kein Wort zu verlieren ist, mit seinen politischen Bundesbrüdern hätte verschwinden lassen, ohne ihnen eine Märtyrerkrone zu flechten.

Es bleibt abzuwarten, welche Einwirkung das Zustandekommen der sächsischen Regierung auf

die Haltung der Sozialdemokraten im Reich

ausüben wird. Der sozialdemokratische Fraktionsvorstand, der gestern zu einer Stunde tagte, als die Wahl von Jellisch noch nicht vollzogen war, hat es vermieden, einen Beschluß zu fassen und hat die Entscheidung darüber, ob die Sozialdemokraten weiter der großen Koalition treu bleiben, oder ob sie ihre Minister aus dem Kabinett zurückziehen sollen, der heutigen Fraktionsitzung überlassen. Ganz zweifellos haben aber die Ereignisse in Sachsen die Linksoption im Lager der Sozialdemokraten, die ja schon von Anfang an die Koalitionspolitik bekämpfte, gestärkt. Aus den Bezirksverbänden der Partei kommen Resolutionen, die ein

Ausscheiden aus dem Kabinett

verlangen. Auch eine gestern abgehaltene Konferenz der sich stets besonders radikal gebenden Berliner Funktionäre, die, wie nebenbei bemerkt sein mag, auch den Ausschluß des Reichspräsidenten Ebert aus der Partei verlangte, hat eine entsprechende Entschiedenheit gefaßt. Auf jeden Fall wird es dem besonnenen Flügel der Partei sehr schwer werden, den Sturm zu beschwören. Wenn es überhaupt gelingt, die Sozialdemokraten in der Regierungskoalition zu halten, so wird das wahrscheinlich nur durch einige Zugeständnisse möglich sein. Das kann man wenigstens indirekt aus dem heutigen „Vorwärts“ schließen, der sich bitter darüber beklagt, daß die Sozialdemokratische Partei auf die Reichspolitik nicht den Einfluß habe, der ihrer Stärke und Bedeutung entspricht. Das Blatt betont sehr nachdrücklich noch einmal, der militärische Ausnahmezustand sei unhaltbar. Die Schicksalsfrage heiße im Augenblick

Bayern.

Man geht also wohl kaum in der Annahme fehl, daß den Sozialdemokraten in diesen beiden Fragen Zugeständnisse gemacht werden müssen, wenn man ihnen ein Verbleiben in der Regierungskoalition ermöglichen will. Das scheint durchaus gangbar, wenn nicht etwa die sozialdemokratische Fraktion von vornherein die Zurückziehung ihrer Minister beschließt. Denn auch in demokratischen Kreisen wie auch im Zentrum ist man keineswegs mit der Zauderpolitik Bayern gegenüber einverstanden. Der demokratische Fraktionsvorstand hat gestern eine Abordnung zum Reichslanzler entsandt, um ihn aufzufordern, endlich die Autorität des Reiches Bayern gegenüber durchzusetzen. Die Form, in der das geschehen soll, wurde allerdings offen gelassen. Die Reichsregierung wird um des Reiches und um ihrer selbst willen dieser Aufforderung entsprechen müssen!

Die Demokraten verlangen die Durchsetzung der Reichsautorität gegen Bayern.

Berlin, 31. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Der demokratische Fraktionsvorstand kam gestern zu 133 Entschluß, eine Abordnung zum Reichslanzler zu schicken und ihn aufzufordern, die Autorität des Reiches gegen Bayern durchzusetzen.

Der Bayer Ludendorff.

München, 30. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Nach dem Schicksal Hitler hat jetzt auch der Breuße Ludendorff die bayerische Staatsangehörigkeit erworben. Es gibt weite und mächtige Kreise in Bayern, die darüber wenig erbaut sind.

Die Lage am Rhein.

Mainz, 31. Okt. Wie das „Echo du Rhin“ meldet, verlief der letzte Tag im ganzen Rheinland ruhig. Das Blatt gibt verschiedene Meldungen über die Stellung Englands zu der rheinischen Bewegung wieder. England werde die separatistische Bewegung nicht als gefährlich anerkennen. In diesem Sinne seien die britischen Gesandten bei der französischen und belgischen Regierung vorläufig geworden. Die englische Belastung werde ein Übergreifen der separatistischen Bewegung auf den Kölner Brückenkopf verhindern.

„Echo du Rhin“ berichtet, daß ein Kölner Ausschuss im Besonderen einen Rheinbund im Verbands des Deutschen Reiches zu proklamieren. In der Spitze dieser separatistischen Bewegung ständen der Kölner Oberbürgermeister Adenauer und die beiden Großindustriellen Böger und Sagen.

Eine Proklamation Dr. Dorens an alle Nationen.

Paris, 30. Okt. Nach einer Meldung aus Mainz wandte sich Dr. Dorens mit einer Proklamation an alle Nationen der Welt, lande ihnen brüderlichen Gruß und gab von der Errichtung der „Rheinischen Republik“ Kenntnis.

Beschlüsse der Reparationskommission.

Paris, 30. Okt. Die Reparationskommission hat sich heute nachmittag mit der deutschen Note vom 24. Oktober beschäftigt und die Anhörung der deutschen Sachverständigen vertagt.

Paris, 30. Okt. Die Reparationskommission veröffentlicht über die heute nachmittag um 3 Uhr stattgehabte Sitzung folgendes Kommuniqué: Es wurden folgende Fragen verhandelt:

1. Im Hinblick auf die augenblicklich zwischen den alliierten Regierungen geführten Verhandlungen hat die Reparationskommission beschlossen, die Prüfung der Note, die ihr am 24. Oktober von der Kriegslastenkommission übergeben wurde, zu vertagen.

2. Die Kommission hat gewisse Maßnahmen geprüft, die erforderlich wurden infolge einzelner Schwierigkeiten bei der Anwendung des Art. 280 des Friedensvertrages, bei Aktien österreichischer oder ungarischer Eisenbahnen, deren Reihe zurzeit auf dem Gebiet der Nachfolgestaaten liegen.

3. Die Kommission hat mit 3 Stimmen bei einer Enthaltung (derjenigen des englischen Delegierten) auf Grund des § 19 die Ermächtigung erteilt zu zwei Bestimmungen landwirtschaftlichen Materials, das von Deutschland an Italien zu liefern ist.

4. Da die Reparationskommission auf die in der Presse erschienenen Erklärungen, betr. die Auslegung derartiger Bestimmungen des Abschnitts 8 des Versailler Vertrags und seiner Anhänge, die sich auf die Bestimmungen der Reparationskommission oder auf die Bedürfnisse oder die Zustimmung der von ihr ernannten Komitees beziehen, aufmerksam gemacht worden ist, stellt sie fest, daß sie bis jetzt von den durch den Friedensvertrag ihr übertragenen Befugnissen, die in den erwähnten Presseerklärungen angeführten Punkte des Abschnitts 8 formell auszuweisen, keinen Gebrauch gemacht hat.

Wiederaufnahme der internationalen Militärkontrolle.

Paris, 30. Okt. Savas meldet: Die Vorschläge Konferenz hat heute beschlossen, der deutschen Regierung eine Note zu senden, in der sie auf die Wiederaufnahme der internationalen Militärkontrolle drängt. Die Konferenz hat ferner beschlossen, die Gehälter der Mitglieder der Kontrollkommission einer Revision zu unterziehen und hierbei der Erhöhung der Lebenshaltungskosten in Deutschland Rechnung zu tragen.

Die nächste Reichstagsitzung.

Berlin, 30. Okt. Der Ältestenrat des Reichstags ist heute zusammengetreten, um sich über den Termin der Einberufung des Plenums schlüssig zu werden. Ein Teil der Parteien wünscht, daß das Plenum schon am Freitag dieser Woche zusammenzutreten solle. Der andere Teil sprach sich für den Dienstag der nächsten Woche aus. Es wurde beschlossen, daß die Sitzung für Freitag einberufen werden solle, wenn der Reichsanwalt an diesem Tage bereit sei, sich an einer politischen Aussprache zu beteiligen. Falls der Reichsanwalt dies erst für Dienstag der nächsten Woche wünsche, soll dieser Termin bestimmt werden. Jedenfalls soll in der ersten Sitzung die allgemeine politische Aussprache stattfinden, während die Beratung des Arbeitszeitgesetzes einer späteren Sitzung vorbehalten bleibt.

Auswandern...?

In allen Bevölkerungsklassen und in allen Altersklassen kann man in einem ganz erschreckend hohen Prozentsatz Menschen finden, die in ihren Gedanken der Heimat bereits den Rücken zugewandt haben und sich — gleichfalls in Gedanken — irgendwo in der Ferne bereits ein neues Leben aufbauen. Je trübseliger und schwieriger die Verhältnisse im Lande selbst werden, um so häufiger und um so unbedingter werden die Auswanderer, die für das „Drüben“ und „Anderswo“ erachtet werden. Jeder einzelne glaubt, im Dandumdrehen ein reicher Mann werden zu können, wenn er nur erst in einem anderen Lande sei.

Es ist nicht leicht, mit diesen Leuten zu reden. Sie sind vom Auswanderer-Gedanken befallen; eine fixe Idee ist es, die sich bei ihnen eingenistet hat und gegen die die Waffen der Vernunft stumm und untätig sind. Bei ruhiger Überlegung müßten sie sich sonst darüber klar werden, daß auch in anderen Ländern, einerlei, ob es nun Rußland oder Amerika ist, das Leben den Menschen hart anpaßt, und daß es „drüben“ selbst für die Eingewanderten außerordentlich schwer ist, sich eine gesicherte Existenz zu schaffen und zu bewahren. Zeitlich nicht beispielsweise in den Vereinigten Staaten die Jagd nach dem Geld härtere und wildere Formen als in irgend einem anderen Lande der Erde? Mit den rasigsten Mitteln sucht jeder sich aus der Lücke seines Lebens Nahrung zu beschaffen. Mühselig auf den Nebenwegen ist unbekannt. Und da glaubt so ein naiver Auswanderer, gerade dort warte man auf ihn, damit er das Geld in Säcken einpacken könne. Die Naturen, die sich da noch ihren Weg bahnen können, willensstarke, stierköpfige Menschen, denen kein Hindernis zu groß ist, wenn es ihr eigenes Fortkommen gilt, solche Naturen werden sich bei uns selbst unter den schlimmsten wirtschaftlichen Verhältnissen und trotz aller Währungserschütterung durchzusetzen wissen. Wer sich aber in der Heimat, wo er mit der Sprache, den Verkehrswegen und den Lebensverhältnissen von Kind auf vertraut ist, wirtschaftlich nicht vorwärts zu heben weiß, wie soll er in einem fremden Lande, wo man ihm auf Schritt und Tritt den Ausländer anmerkt?

So mancher junge Kaufmann fährt heute über den Ocean mit taubend romantischen Träumen im Kopf. Was aber will er drüben anfangen? In einem Kontor kann man ihn nicht anstellen, da er in der Landessprache nicht perfekt ist. Als deutscher Korrespondent wird er nie und nimmer unterkommen finden, da bei dem augenblicklich mehr als geringfügigen Umfang des Handels mit Deutschland natürlich längst alle Positionen in den Händen von Deutsch-

Die Versorgung mit Kartoffeln und Brot sichergestellt.

Berlin, 30. Okt. In der gestrigen Besprechung des Reichsernährungsministers mit den Führern der Landwirtschaftsorganisationen, in der der Minister die Notwendigkeit ausreichender Beschaffung von wertbeständigen Zahlungsmitteln zwecks Erhaltung der landwirtschaftlichen Produktion und damit die Versorgung der Verbraucher anerkannte, machte dieser Mitteilung von den nach dieser Richtung getroffenen Maßnahmen und von den seitens des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft unternommenen Bemühungen. Hinsichtlich der zu einer sicheren Fortführung der landwirtschaftlichen Produktion notwendigen Schritte ergab sich weitgehendste Übereinstimmung.

In der heutigen Sitzung, der Vertreter der Verbraucherverbände, der Gewerkschaften, der Beamtenverbände, der Hausfrauenvereine und der Städte beiwohnten, wurden die Maßnahmen zur Behebung der gegenwärtigen Notstände und zur Sicherstellung der landwirtschaftlichen Erzeugung sowie die Versorgung der Städte erörtert. Insbesondere verlangten die Vertreter der Verbraucher Kredite für die Kommunen zur Durchführung der Versorgung für eine längere Zeit, namentlich mit Kartoffeln. Sie teilten vollumfänglich die Auffassung des Ministeriums, daß alle Maßnahmen getroffen werden müßten, um wertbeständige Zahlungsmittel dem Konsum zuzuführen und sie ständig in Umlauf zu halten. Der Minister erklärte, daß die Versorgung mit Kartoffeln und Brot als gesichert angesehen werden könne, unter der Voraussetzung eines ausreichenden Umlaufs von Zahlungsmitteln. Abgesehen von unvorhergesehenen Ereignissen, wie frühzeitiger Frost, Verkehrshörungen und dergleichen, müßten bis zur vollständigen Einführung der wertbeständigen Zahlungsmittel alle kleineren Mittel zur Erleichterung der Ernährung angewandt werden.

Ein Rottarif für Lebensmittel bei der Reichsbahn.

Berlin, 30. Okt. Um dem Wirtschaftsleben Zeit zu lassen, sich auf die Goldwährung umzustellen, führt die Reichsbahn aus schonender Rücksichtnahme auf die Ernährungslage ab 1. November einen Rottarif für Lebensmittel ein. Die jeweils gültigen Frachttarife der regelmäßigen Tarifstellen und Ausnahmestellen werden für folgende Lebensmittel um 30 Prozent ermäßigt: 1. Getreide und Hülsenfrüchte. 2. Mühlen-erzeugnisse. 3. Lebewaren, köstliche Suppen und dergl. 4. Frische Feld- und Gartenfrüchte der Klassen C und E. 5. Frische Rohwürste und frische Rohschinken der Klasse F. 6. Frische Hühner, des Ausnahmestarfs. 7. Milch des Ausnahmestarfs. 8. Butter, Butterfett, Margarine und Käse aus pflanzlichen und tierischen Stoffen der Klasse D zur menschlichen Ernährung. 9. Käse und Quark.

Änderung des Volksentscheid-Gesetzes.

Berlin, 30. Okt. Das Fiasko, das der Reichsbund für Sicherung und Wachstum vor mehreren Monaten mit seinem Volksentscheid, dem ersten Volksentscheid im Deutschen Reich, erlitten hat, hat der Regierung Veranlassung gegeben, eine Novelle zu dem Gesetz einzubringen. Durch die neue Fassung des Gesetzes soll es ermöglicht werden, daß Volksbegehren, die von ihren Antragstellern nicht weiter verfolgt werden — wie es bei dem Reichsbund für Sicherung und Wachstum — jederzeit eingeklinkt werden können. Die Einstellung muß erfolgen, wenn seit Ablauf der Eintragungsfrist sechs Monate verstrichen sind, ohne daß das Eintragungsverfahren abgeschlossen ist. Diese Bestimmungen finden ihre Begründung in den Kosten, die solche verunglückten Volksbegehren dem Reich verursachen. Aus demselben Grund soll jetzt zugleich auch noch einwandfrei festgelegt werden, daß die Kosten der Herstellung der Eintragungslisten und ihrer Verlesung an die Gemeindebehörden den Antragstellern zur Last fallen.

Betriebsaufnahme in Oppau.

Mannheim, 30. Okt. Das Oppauer Werk der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik, das fünf Monate stillgelegt war, hat gestern den Betrieb wieder aufgenommen.

amerikanern sind. In einem Ladengeschäft wird man ihn, den Ausländer, ebenso wenig als Verkäufer anstellen, wie etwa ein Berliner oder Münchener Geschäftshaus keine Rundschicht durch einen müßigen Deutsch vorbegehenden Japaner bedienen läßt. Ausschließen auf Unterhalt und späteres Fortwärtkommen haben also nur die Kaufleute, die es verstehen, allen Schwierigkeiten zum Trotz ihr Ziel zu erreichen. Aber gerade diese Köpfe schaffen sich auch in der Heimat ihren Weg!

Eine Ausnahme bilden natürlich die Auswanderungslustigen, die drüben Verwandte oder Bekannte haben. Sie genießen zunächst einmal für die ersten Monate deren Gastfreundschaft und haben so Zeit, sich einzuleben. Später helfen ihnen dann die Beziehungen ihrer Freunde, irgendwo unterzukommen. Dann aber ist jeder wieder so weit, wie er in Deutschland war. Er hat keine Existenz. Seinen Wirtschaftskreis auszubauen und zu erweitern, ist ihm nur mühselig nach Maßgabe seiner persönlichen Fähigkeit. Als ein tüchtiger Mensch aber hätte er auch in Deutschland vorwärtskommen können.

Drei Schichten von Menschen muß man bei den Auswanderungslustigen unterscheiden. Die einen meinen es wirklich ernst. Sei es, daß sie ihre Papiere noch nicht in Ordnung haben, sei es die Mittel zur Überfahrt noch nicht völlig beisammen haben, oder aber, daß sie — was bei der augenblicklichen Überfüllung häufig der Fall ist — auf einen Schiffsplatz warten müssen; sie haben jedenfalls die Brücken hinter sich abgebrochen und warten mit Schmersen auf den Tag, an dem sie deutscher Erde endgültig den Rücken kehren können. So lange sie jetzt noch in Deutschland bleiben müssen, betrachten sie sich schon als Kinder ihres neuen Landes. Den Vorgängen in Deutschland schenken sie nur der Distanz Beachtung, ja, je höher sie es geht in der „alten“ Heimat, um so gebodener sind sie innerlich. Bringt ihnen doch jede neue Verschlechterung der heimischen Verhältnisse erneut den Beweis dafür, daß die Auswandererlösung für sie das einzige Richtige war.

Die zweite große Schicht sind die, die allen Ernstes auswandern wollen, aber gebunden sind. Meistens macht die Tatsache, daß Familie vorhanden ist, das Auswandern unmöglich. „Wäre ich noch ledig und los, ich würde mein Bündel packen und lieber heute als morgen davon gehen.“ Oder aber es stimmt mit den Papiere nicht. Die Unterlagen, die das fremde Konsulat verlangt, können nicht beigebracht werden. Oft genug ist es natürlich auch die Geldfrage. Die selbst für einen alleinlebenden Menschen unter den heutigen Verhältnissen beträchtlichen Summen für die Überfahrt können bei der Verzerrung, die überall in Deutschland Platz gegriffen hat, ohne Hilfe von Seiten

Ersparnismaßnahmen des Reichs.

Berlin, 30. Okt. Angesichts der Notwendigkeit, den Haushaltsplan des Deutschen Reiches einschließlich der Länder und Gemeinden in absehbarer Zeit ins Gleichgewicht zu bringen, hat die Reichsregierung nach Annahme des Ermächtigungsgesetzes durch den Reichstag tief eingreifende Ersparnismaßnahmen in der Form von Verordnungen mit Gesetzeskraft beschlossen, deren andere folgen sollen. Das Streben, mit dem kostspieligen Umwandlungsapparat Schluss zu machen, hat die Reichsregierung veranlaßt, eine Abgeltungsverordnung zu erlassen, wonach sämtliche Ansprüche gegen den ehemaligen Preeres- und Marinefiskus in einem beschleunigten Verwaltungsverfahren abgegolten sind. Die Zahl der Reichsbeamten soll in einer kurzbelebenden Frist um 25 Prozent vermindert werden. Die Auswahl der zu entlassenden Beamten ist durch eine Beamtenabbauverordnung genau geregelt. Der Abbau bezieht sich auch auf die Angestellten des Reichs, von denen nur die aus zwingenden dienstlichen Gründen unentbehrlichen Kräfte beibehalten werden sollen. Die Ausdehnung der entsprechenden Maßnahmen auf die Länder und Gemeinden ist gewährleistet. Die Reichsregierung wird in der Einberufung der Ausgaben auf allen Gebieten fortfahren. An der Umgestaltung des Steuersystems wird mit allen Kräften gearbeitet. Die Bewertung der Vermögens soll in Goldmark erfolgen. Die Tarife sollen auf Goldmark lauten. Auf diesem Weg werden wir das Ziel, die Bilanzierung des Haushalts, zu erreichen suchen.

Die Verordnung über den Beamtenabbau.

Berlin, 30. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Die Reichsregierung hat sich in mehrstündiger Sitzung mit der Frage des Beamtenabbau-Gesetzes beschäftigt und die diesbezügliche Verordnung verabschiedet. Der Kernpunkt der Verordnung ist die Einführung der Altersgrenze. Ein besonderes Kapitel der neuen Verordnung bilden die verbeiratheten weiblichen Beamten. Diesen kann vierwöchentlich, d. h. vom 1. eines Monats zum anderen 1. gekündigt werden. Diese Maßnahme ist dem Reichsfinanzminister notwendig, weil sich die verbeiratheten weiblichen Beamten als sehr teure Kräfte erweisen haben. Während der Durchführung der Verordnung dürfen weder Neueinstellungen noch Beförderungen erfolgen. Die Vorschriften der Abbauverordnungen gelten nicht nur für die Reichsverwaltung, sondern auch für die Länder, Landgemeinden und Gemeindeverbände sowie die Reichsbahn und den Reichstag. Bei der Entlassung der Beamten wird naturgemäß insbesondere das Familienverhältnis berücksichtigt. Darüber hinaus aber entscheidet naturgemäß der Wert der Leistung. Die Ausführungsbestimmungen der neuen Verordnung der Reichsregierung werden gegenwärtig ausgearbeitet. Die Dinge werden nun maßgebend so laufen, daß zuerst die Freiwilligen ausscheiden und ihnen die über 65 Jahre alten Beamten folgen. Erst wenn dann die 25 Prozent der Beamten, um die der Apparat vermindert werden soll, nicht ausgeschieden sind, werden zwangsweise Entlassungen in Frage kommen.

Dr. Cuno wieder in Hamburg.

Hamburg, 30. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Der frühere Reichskanzler Dr. Cuno ist auf dem Dampfer „Ballin“ aus den Vereinigten Staaten wieder in Hamburg eingetroffen.

Verbot der Aktionsausschüsse im Wehrkreis 5.

Stuttgart, 30. Okt. Der Kommandierende General des Wehrkreises hat folgende Erklärung erlassen: 1. Ich verbiete die Bildung von Aktionsausschüssen, die eine gewaltsame Störung der Regierung herbeiführen wollen. 2. Etwa bestehende derartige Aktionsausschüsse sind hiermit aufgelöst. 3. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. September 1923 bestraft. Außerdem sind die Zuwiderhandelnden in Haft zu nehmen. Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Die Neuorganisation der Berliner städtischen Werke.

Berlin, 27. Okt. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich heute mit der Neuorganisation der städtischen Werke. Es wurde beschlossen, aus ihnen drei Aktiengesellschaften zu bilden mit einem Aufsichtsrat, der aus vier Magistratsmitgliedern, acht Stadtverordneten und drei Fachmännern bestehen soll. Damit ist die Trennung der Werke von der städtischen Verwaltung vollzogen.

valuarischer Verwandter oder Bekannter nur in den seltensten Fällen aufgebracht werden. So sind ein Schiffsbillet bis New York, die Bahn- und Gepäckgebühren, die Kosten für die letzten Tage in Deutschland, die Konsumier bei der Ankunft und die Mittel für die ersten Wochen drüben mit einem Betrag von 700/1000 Goldmark nicht zu hoch veranschlagt, 1000 Goldmark — wie mancher Wanderer hatte sich das früher in seinen ersten Geldentlohnungen ausmessen lassen! — heute ist es ein „Begriff“ geworden, dem Mann aus dem Volk unerschwinglich.

Die dritte Schicht von Auswanderungslustigen bilden die, die mit dem Wort „Auswandern“ eine Art Selbstbetrug treiben. Nicht, daß sie wirklich daran denken, aus Deutschland hinauszuweichen. Sie wissen ganz genau, daß es irgendwo anders auch nicht rosig ist und daß in absehbarer Zeit auch in Deutschland wieder halbwegs erträgliche Verhältnisse kommen. Aber über den vollen Augenblick lassen sie sich hinweg durch das schöne, verheißungsvolle Wort: Auswandern! Einem Zauberhaft gleich verlockt es das schlimme Fest mit einem idealen Wollenkuschelheim, einem himmlischen Nirgendwo, in dem die in den tollsten Farben geklebte Vorkriegszeit ihre vergessene Auferstehung feiert. Mögen indes diese „Auswanderer“ sich selbst gegenüber nur ein loses Spiel treiben mit einer Auswandererlust, die in Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist, sie sind die deutsche Verfeinerung der Seelenverfallenen, in der wir alle in Deutschland uns zurzeit befinden. Die Hölle der Geldentwertung hat uns das Leben unerträglich gemacht. Wir möchten fliehen vor den Verunsicherungen und den sich ewig ändernden Zahlen des täglichen Lebens, möchten ein Land aufsuchen, irgendwo ein Eckchen auf fremder Erde, wo das Brot am Abend noch dasselbe kostet wie am Morgen. Also — und das ist das Besondere — nicht aus Deutschland fort möchten wir, nicht, daß wir etwas gegen das Land hätten und keine Menschen; aus der Geldentwertung möchten wir heraus. Da treibt denn die Phantasie ihr Spiel mit uns, gaukelt uns irgend ein Kanada oder Neuseeland vor, wo das Leben sich abspielt, wertbeständig abspielt, inmitten wertbeständiger Preise und wertbeständigen Geldes.

Aus Kunst und Leben.

* „Länder der Zukunft“ ist der Titel eines zweibändigen Reiseverks, das Isobell (bei Brockhaus in Leipzig) erschreibt. Im Vorwort, im Vorwort von Kanada, sollen sich die glücklichen Geister breiten, die noch unberührt sind von des Alltags Kampf und Last, die der verarmten Welt noch Nahrung und Kleidung zu bieten vermögen. So behauptet

Die Einberufung eines internationalen Sachverständigenausschusses.

London, 31. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Das englische Kabinett hat sich in seiner gestrigen Sitzung entschlossen, den französischen Vorschlag, die Einberufung des Sachverständigenausschusses, unter Vorbehalt anzunehmen. Was den Einberufungsort des Ausschusses anbelangt, so nimmt man, daß man zwischen Paris oder Berlin entscheiden wird.

London, 31. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Zu der gestrigen Sitzung des englischen Kabinetts wird mitgeteilt, es wurde beschlossen, von Washington Angaben darüber zu erbitten, ob die Vereinigten Staaten bereit sind, an einer Konferenz innerhalb der von Frankreich gesonnenen Grenzen mitzuwirken.

Paris, 30. Okt. Der „New York Herald“ berichtet über die vorwöchentliche Zusammenkunft des Sachverständigenausschusses, was den amerikanischen Sachverständigen anlangt, so sei die Zustimmung Frankreichs, wenn der Name Morgan erwähnt werde, allgemein. Hier wie die der anderen Milierten und es verlautet, daß der ehemalige amerikanische Delegierte in der Reparationskommission Logan, bereits mit Morgan in Fühlung trete, um sich zu vergewissern, ob er einer dahingehenden Einladung Folge leisten würde.

London, 31. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Wie der „Morning Post“ aus Washington mitteilt, wird, eröffnete die Gruppe der Unberühmten im Senat noch vor dem Zusammentritt des Kongresses die Offensive gegen die in Aussicht gestellte Beteiligung Amerikas an der Reparationskonferenz. Der Republikaner, Senator Mac Cormick, wandte sich gegen eine in einer Rede in entscheidender Weise gegen die Ernennung Morgans zu einem der amerikanischen Delegierten in der Konferenz.

Bonar Law †.

London, 30. Okt. Der frühere britische Premierminister Bonar Law ist gestorben.

Bonar Law entstammte einer schottischen Familie und war am 16. September 1858 in Neudunelm in Kanada als Sohn eines Geistlichen geboren. Er wurde 1886 Mitglied der Elfenbeinhandlung William Jacob u. Co. in Glasgow. 1900 wurde er von einem Wahlkreis in Glasgow für die Unionisten ins Unterhaus gewählt. Im Jahre 1902 wurde er Parlamentssekretär des Handelsministeriums. Im übrigen war er einem großen Publikum und sogar seinen Kollegen nur durch seine energiegelassenen und die Schärfe seiner Polemik bekannt, als er plötzlich Ende 1911 zur allgemeinen Überraschung zum Führer der Konservern erhoben wurde. Dieses ganz ungewöhnliche Kommennt veranlaßte er schließlich zum Anstand, daß die beiden Richtungen der Partei nach der Reorganisation des Kabinetts auf der Wahl ihrer respektiven Führer Außenminister und Walter Long befanden und da sie untereinander zu keiner Verständigung kommen konnten, sah sich ein Mann einzuweisen, der das unter diesen Umständen vornehmliche Verdienst hatte, seiner beiden Gruppen anzugehören. Außerdem erhielt speziell den jüngeren konservativen Kräften die reichhaltige Schürze seiner Reden, die ihrer Natur nach wohlwollend von der gedämpften und vorhaltigen Politik Ballons abhob. Nachdem er von 1911 bis 1919 die Opposition im Unterhaus geleitet hatte, wurde er in der Koalitionsregierung Kabinettsmitglied im Jahre 1919. Nachfolgend für die Kolonien und Mitglied des militärischen Kriegsausschusses. Demals hat er sich Lloyd George angeschlossen. Nach dem Sturz des Kabinetts Kessell sollte Bonar Law das Ministerpräsidentenamt betragen werden. Er schlug jedoch Lloyd George vor, während er selbst das Schachmatt in dessen Kabinett übernahm und sogar Decker des Unterhauses wurde, eine Erklärung, die eigentlich dem ersten Minister gehörte. Seitdem arbeitete er und Lloyd George in freundschaftlicher Harmonie mit einander. An der Pariser Friedenskonferenz nahm Bonar Law als englischer Bevollmächtigter teil. Nach den Wahlen im November 1919 wurde er Geheimreferent. Jünglich überraschend erfolgte dann im März 1921 der Rücktritt Bonar Laws von seiner einflussreichen Doppelfunktion als Führer der Unionisten des Unterhauses und Leiter des Unterhauses. Dieser Schritt wurde damals mit völliger gesundheitslicher Erklärung begründet. Jedoch hat er daneben wohl auch die Trennung von Lloyd George vorbereiten sollen. Denn Bonar Law befiel seinen Unterhauseinblick bei und trat am 19. Oktober 1922, nach den Wahlen, die Lloyd George in die Minorität gebracht hatten, an die Spitze des neuen konservativen Kabinetts. Am 21. Mai 1923 trat er aus Gesundheitsrücksichten von seinem Posten als Premier zurück.

Mustafa Kemal-Pascha Präsident der türkischen Republik.

London, 30. Okt. Reuter meldet aus Konstantinopel: Die Nationalversammlung von Angora hat die Türkei zur Republik erklärt mit Mustafa Kemal-Pascha als Präsidenten.

Paris, 30. Okt. Nach einer Havas-Meldung aus Konstantinopel hat Ismet-Pascha das Angebot Mustafa Kemal-Paschas, das Kabinett zu bilden, angenommen.

ein amerikanischer Polarforscher, Vilhjalmur Stefansson. In seinem neuen, reich mit Abbildungen ausgestatteten Buch „Länder der Zukunft“ entwickelt er im Rahmen eines spannenden Berichts über fünf Jahre Reisen im höchsten Norden, warum man die von ihm bereisten und entdeckten Länder so bestmöglich ausbauen darf. Stefansson, ein Mann von etwa 40 Jahren, hat Wikingenblut in seinen Adern. Der hohe Norden hatte es ihm angetan, und seit fast 20 Jahren ist er seiner Liebe treu geblieben. Auf seinen vielen Reisen in Nacht und Eis entwickelte er eine ganz eigenartige Reiseschule, die im geraden Gegensatz steht zu dem, was bisher auch die größten Polarforscher als unbedingt nötig angesehen haben. Stefansson lebt vom Lande. Er und seine Begleiter ernähren sich und kleiden sich von dem, was Land und Meer des Polargebietes gewährt. Er lebt genau wie die Eskimos, deren guter Freund er in den langen Jahren geworden ist, und mit dem angeborenen Geschick dieser Naturkinder verbindet er die tiefsten Kenntnisse, die ihm die Wissenschaft an die Hand gibt. Stefansson ist geradezu ein Revolutionär zu nennen, denn sein durch das Alter oder abnormale Überforderung geballtes Vorurteil heißt: Er kämpft gegen jeden Übermaß der Zivilisation, der viel stärker vertritt ist, als man glauben möchte. Wo ist der „Leblo“, „Schweipende“ Norden, wo sind die „Schreden der Polarnacht“, die uns beim Leben früherer Völker so tief haben erschauern lassen? In den „Leblo“! Einmal gewinnt Stefansson durch Taub Lebensmittel in Hülle und Fülle. Wo leit den grauenerregenden Tagen der Expedition Sir John Franklin, der Amerika im Norden umfahren wollte, dummte von Menschen elend ums Leben gekommen sind, gibt sich Stefansson mit seinen Leuten mit leichtem Gepäck in aller Seelenruhe wissenschaftlichen Forschungen hin. Sein Buch ist ein bezauberndes Zeugnis des Sieges des Menschen über die Natur, des Triumphs der modernen Wissenschaft. Über Stefansson hat nicht allein der Wissenschaft reiche Schätze gewonnen. In seinem prächtigen Buch weist er auch nach, daß im Norden des amerikanischen Kontinents Länder der Zukunft liegen, die berufen sein werden, im Weltbausch eine wichtige Aufgabe zu erfüllen.

Rebel des Geistes. Unter den mannigfachen Zufälligkeiten, denen der menschliche Geist ausgesetzt ist, ist keiner interessanter als der zeitweise Dämmerzustand, der manchmal auftritt. Es ist dann, als ob die klare Sonnenwelt des Verstandes plötzlich durch einen Nebelschleier umhüllt wird. Von diesen „Rebeln des Geistes“, wie er sie nennt, berichtet ein englischer Psychiater. Solche Dämmerzustände treten

Wiesbadener Nachrichten.

Angelegtenversicherung.

Mit Wirkung vom 22. Oktober 1923 am gelten folgende Gebalts- und Beitragsklassen:

Gebaltsklasse	monatliches Entgelt von mehr als	bis zu	Monatsbeitrag
44	50 Millionen	70	2240
45	70	100	3160
46	100	150	4660
47	150	200	6520
48	200	250	8380
49	250		10 240

Der Verkaufsdruck auf diesen Marken lautet nur über den hundertsten Teil des Verkaufspreises. Die bis zum 21. Oktober 1923 zum zehnten Teil des Verkaufspreises gekauften Marken dürfen ohne Nachzahlung verwendet werden. Für Oktober werden Marken zum bisherigen Preis nicht mehr verkauft.

Verdoppelung der mitgeteilten Postgebühren vom 1. November.

Die für den 1. November in Aussicht genommenen und bereits mitgeteilten neuen Postgebühren für Briefsendungen (Inland, Danzig, Memel, Litauen, Duzemburg, Österreich) sind verdoppelt worden, ebenso die Vorkassegebühren im Inlandsverkehr und im Verkehr mit der Freien Stadt Danzig.

Ein gewöhnlicher Fernbrief kostet demnach ab 1. November nicht 50, sondern 100 Millionen Mark.

Die neuen Telegramm- und Fernspreckgebühren.

Im Telegrammverkehr sind die wichtigsten Gebühren vom 1. November an, in Millionen Mark angegeben:

Für Ferntelegramme: Grundgebühr 2400, und außerdem für jedes Wort 1200, für Ortstelegramme: Grundgebühr 1200, und außerdem für jedes Wort 600, für Zustellung bei ungenügender Anschrift 3600, für Vorauszahlung der Gebührens (ZV) 300, für Stundung der Telegrammgebühren 2 v. H. des Rechnungsbetrags, außerdem für jedes Telegramm 600.

Fernspreckgebühren betragen vom 1. November an in Millionen Mark: Die Gebühr für ein Ortsgespräch von einer Teilnehmerstelle oder einer öffentlichen Sprechstelle aus beträgt 1500 Millionen Mark. Mindestens werden für einen Hauptanschluß monatlich angerechnet in Ortsnetzen mit nicht mehr als 50 Hauptanschlägen 20 Ortsgespräche, mit mehr als 50 bis einschl. 1000 Hauptanschlägen 30 Ortsgespräche, mit mehr als 1000 bis einschl. 10 000 Hauptanschlägen 40 Ortsgespräche, mit mehr als 10 000 Hauptanschlägen 50 Ortsgespräche.

Für ein Ferngespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer werden erhoben: bei einer Entfernung bis zu 5 Kilometer einschl. 1500 Mill. M., von mehr als 5 Kilometer bis einschl. 15 Kilometer 3000 Mill. M., von mehr als 15 Kilometer bis einschl. 25 Kilometer 4500 Mill. M., von mehr als 25 Kilometer bis einschl. 50 Kilometer 9000 Mill. M., von mehr als 50 Kilometer bis einschl. 100 Kilometer 13 500 Mill. M., darüber für jede anzunehmende 100 Kilometer mehr 4500 Mill. M.

Für dringende Gespräche des Dreifachen, für Nachtgespräche des Hundertfachen der Gebührensgebühr für ein gewöhnliches Ferngespräch.

Förderung des Kleingartenbaus.

Der Verein für Kleingartenbau Wiesbaden und Umgebung schreibt uns: Die Herbstperiode ist unliebsam durch das anhaltende Regenwetter verzögert und beeinträchtigt worden. Besonders haben Tomaten, Stangenbohnen und Leber auch die Kartoffeln darunter gelitten. Die Ernte kann daher im allgemeinen nur eine mittelmäßige genannt werden. So bedauerlich dies an sich ist, so wird doch jeder Kleingärtner dankbar sein, daß es ihm vergönnt war, wenn auch mit viel Arbeit und Opfern, für die Seinen selbst einen großen Teil an frischem Gemüse jeder Art liefern zu können, und so die Not in etwas fernzuhalten. Diesen Dank brachte die Kleingartenkolonie des Kleingartenbauvereins am „Neuen Gelsberg“ durch ein wohlgeplantes Kinderfest in ihrer Anlage an der Kollischstraße, zu dem 75 Kinder eingeladen waren, zum Ausdruck. Der heile Jubel dieser klugen Kinder über die tolle Belohnung für alle Mühe und Arbeit, die unsere Kleingärtner dort oben geleistet haben. Zur Verschönerung des Festes hatten auch einige Gönner in dankenswerter Weise beigetragen. Die

bei manchen Krankheitserkrankungen auf, wie z. B. bei Grippe und Infektie; sie können aber auch nach irgend welchen Erschütterungen, hauptsächlich des Kopfes, eintreten, und es ist dann so, als ob die Zellen des Gehirns, die durcheinandergelagert wurden, wieder einige Zeit brauchen, um ihre normale Ordnung wiederzufinden. Doch dieses zeitweilige Verloren des Geistes ist auch in Fällen zu beobachten, in denen Krankheit oder Verletzung nicht in Frage kommen. Wir finden diese „Rebel“ in ihrer einfachsten Form in dem Vergessen sonst geläufiger Worte oder der Namen von Bekannten, und von diesen ganz partiellen Fehlern des Gedächtnisses geht es weiter bis zum vollständigen Verlust der Erinnerung, über die von Zeit zu Zeit in den Blättern berichtet wird. Dieses Vergessen kann so weit gehen, daß ein klinker und gebildeter Mensch zu einem Automaten herabsinkt, der ohne jede Überlegung handelt. Solche Dämmerzustände des Geistes erstrecken sich aber nicht nur auf das Gedächtnis, sondern sie haben auch merkwürdige andere Erscheinungen zur Folge. Während eines solchen „Rebels“ erweist sich manchmal eine „Verfälschung“ der Persönlichkeit, wobei der Betreffende sich zugleich als ein anderes Wesen empfindet. Gestalten und Gedanken, die unter der Schwelle des Bewußtseins liegen, drängen sich von selbst in die Bewußtseinsphäre empor, und da sie nicht mehr von dem Willen beherrscht werden, der sie nach Belieben verdrängen kann, machen sie den Menschen zum Spielball seiner Vorstellungen. Dabei gehören auch die Fälle des „Doppelgängers“, bei denen der Mensch sich gleichzeitig einem fiktionalen Spiegelbild gegenüberstellt und von diesem gequält wird. Die fiktionalen Selbstbeobachtungen, die manchmal vor der Polizei gemacht werden, rühren aus solchen Zuständen her. So gelang vor kurzem ein junger Mann, daß er einen Menschen ermordet habe, der ihn mit einem Messer verfolgte. Als man aber die Wahrheit seiner Erzählung prüfte, stellte sich heraus, daß die ganze Geschichte ein Traum war, der ihn vor einigen Monaten beunruhigt hatte, und der in seinem plötzlich „umnebelten“ Geist zur Wirklichkeit wurde. Wenn ein geheimnisvolles Verbrechen die Öffentlichkeit beschäftigt, dann gibt es so manchen, der mit dem Gedanken spielt: „Wenn ich das getan hätte?“ Dieser Gedanke wird dann verdrängt, aber wenn die „Rebel“ den Geist befallen, verlagert die Kraft der Verdrängung, der Gedanke steigt aus dem Unterbewußtsein empor, gewinnt Macht über den Menschen und zwingt ihn zu dem Geständnis einer Handlung, die er niemals begangen hat.

Wer ist Invalide? Der Begriff der Invalidität, der bei Lebensversicherungen und Rentenansprüchen so überaus

große Not der Zeit hat aber auch den Wert des Kleingartens der Allgemeinheit näher gebracht. Das zeigt sich in der regen Nachfrage und den sich täglich mehrenden Anmeldungen für solche Gärten. Erreichte diese haben auch die ausländischen Behörden mit Eifer und Laune die Bemühungen um Kleingartenland unterstützt, so daß im kommenden Monat hoffentlich eine Reihe von Blümenbetrieblen werden kann. Da die Organisationsarbeit durch die Zeitverhältnisse leider nicht in der Lage sind, die bisher mit Erfolg abgeleiteten Vorträge theoretischer Art zur Erleichterung fortzusetzen, so werden sie mehr und mehr auf praktische Belehrung im Obst- und Gemüsebau Wert legen müssen. Es werden, wie im vergangenen Jahr, Kurse im Obstbauschritt, verbunden mit Belehrung über Bodenbearbeitung und Düngung, abgehalten, worüber in den Geschäftstellen demnächst Näheres zu erfahren ist.

Eine der wichtigsten Fragen um diese Zeit ist für den Kleingärtner die Pachtreisfrage für das kommende Jahr. Bekanntlich mußte im verflorenen Jahr zu den wenig lukrativen Höchstpachtpreisen Zuzahlung genommen werden, weil ein großer Teil der Pächter vom Kleingärtner die besten Preise wie vom Landwirt forderte, meist Roggen oder gar Weizenpacht. Daß der Kleingärtner ebensowenig wie der Berufsgärtner solche Zahlen kann, dürfte wohl heute selbstredend sein. Gilt dies schon vom Berufsgärtner, so gilt es in noch höherem Maß für den Kleingärtner, der meist schlechten Boden und diesen nur in seinen Freistunden bearbeiten muß. Der Boden ist auch infolge der Kriegsjahre nicht in derselben Kultur wie vor 1914. Zudem muß berücksichtigt werden, daß Kleingärtner, die sich aus allen Berufen und aus Pensionären sowie Rentnern zusammensetzen, von ihrem Einkommen, das ja der Geldwertwertung noch nicht gefolgt ist, jedenfalls noch nicht wertbeständig geschätzt wird, abgesehen davon, daß der Pächter bei den heutigen Verhältnissen wertbeständige Pachtpreise zu erlangen sucht. Es darf aber nicht übersehen werden, daß auch er, wie der Groß- und Kleinhändler, in einer niedergebenden Wirtschaft, in einem jeden Tag ärmer werdenden Volk an den gemeinsamen Kosten mittragen muß. Die Kleingärtner werden sich ihren aus den heutigen Umständen erwachsenden Aufgaben und Verpflichtungen nicht entziehen. Sie wissen, so weit sie organisiert sind, daß mit dem Anrecht auf Bodenutzung auch Pflichten verknüpft sind. Sie würden es daher mit Freuden begrüßen, wenn ohne Zwang wieder glückliche Einteilung durch Verhandlung zwischen Pächter und Verpächter zum Ziel führen würde. Vom Reichsverband deutscher Kleingärtner werden dazu zwei Wege vorgeschlagen. Ausgangspunkt bildet der Grundpreis, der aus dem normalen Friedenspachtpreis genommen werden soll. Jedes wird mit Rücksicht auf den heutigen Ertrag, der geringer als der Friedensertrag angeschlossen werden muß, nicht der volle, sondern nur ein Bruchteil des normalen Friedenspachtpreises, etwa 50 bis 60 Prozent, wie dies vom Landwirtschaftsminister auch für Domänen und Streupargellen des Reichsfiskus Landes vorgesehen ist, berechnet werden dürfen. Wodurch wird, um wertbeständige Zahlungen zu erreichen, eine Verflechtung mit dem für den Regierungsbereich amtlich festgestellten Index für Obst- und Gemüseerzeugnisse vorgenommen, oder aber, und das scheint in Anbetracht des obenangeführten praktischen, der Index wird aus den Löhnen und Gehältern der Stufen 4 bis 8 entnommen und monatlich durch eine amtliche Stelle festgelegt. Letztere Art würde Naturalwertpacht, die andere Lohnwertpacht bedeuten, beide Arten sind auch vom Reichsverband deutscher Kleingärtner empfohlen. Man könnte auch das Mittel aus beiden Indizes anwenden. Für größere Verpächter, wie Gemeinden, ergibt sich daraus zweifellos eine umfangreiche Verwaltungssache, weil sie die landwirtschaftliche Verpachtung nach einem anderen Index oder nach Gewerbesteuern vornehmen müßte. Indes dürfte bei gutem Willen beiderseits zur Erparnis von den heute besonders im Gewicht fallenden Verwaltungskosten leicht ein Mittelweg gefunden werden, indem man einen mittleren Index für alle Pächter anwendet und für Kleingärtner einen Nachschuß, wie bisher, dann aber allgemein festsetzt. Dieses Verfahren könnte auch als Basis greifen, wenn wieder Pachtpachtpreise, die bekanntlich von der untern Verwaltungssache auf Antrag oder ex officio festzusetzen sind, gefordert werden müßten. Natürlich verließen sich die Grundpreise nur für Rohland, für alle vor- oder Nachteile, wie bisher, Zuschläge oder Abzüge vom Grundpreis in Anwendung. Eine Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse jedes einzelnen Pächters ist bei dieser Art der Festsetzung durchaus möglich. Besonderer Berücksichtigung sind alle Pächter wert, die schon seit urbar machen oder aus bisher nicht ökonomisch genutztem Land Gärten herrichten müssen. Für diese wäre eine 4. Bodenklasse oder eine Minderung der 3. erforderlich.

November.

Der November ist der letzte Herbstmonat, der Monat, in dem sich häufig die Vorboten des Winters bemerkbar machen. In ihm stellt sich in der Regel der erste Frost ein, auch Schnee-

wichtig ist, wird durch einen Revisionsscheid des Bayerischen Landesversicherungsamts in bedeutsamer Weise erweitert. Wie in der „Klinischen Wochenschrift“ hervorgehoben wird, ist die Beurteilung nicht nur für die Medizin, sondern auch für die Allgemeinheit von Interesse. Nach dem Gesetz gilt für invalide, wer nicht mehr in der Lage ist, durch seine Fähigkeiten und Kräfte entsprechende Tätigkeit, die ihm zugemutet werden kann, ein Drittel des ihm sonst möglichen Erwerbs durch Arbeit zu verdienen. Die neue Entscheidung weist nun auf die Tatsache hin, daß nach dem ganzen oder teilweisen Verlust eines zur Arbeit notwendigen Glieds das entsprechende gesund gebliebene durch Übung sich nach und nach immer kräftiger, muskulär entwickelt, und dadurch eine gesteigerte Arbeitsfähigkeit erndet. Es wird ein gewisser Ausweis gegenüber der durch den Verlust verminderten Arbeitsfähigkeit geschaffen, und damit ist die Möglichkeit gegeben, daß die das gezielte Lobdrittel erreichende Erwerbsfähigkeit wiederhergestellt wird, zumal das einem ungeschulten Arbeiter offene Arbeitsgebiet sehr groß ist.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Wie uns kürzlich aus Wien gemeldet wurde, bringt das Theater an der Wien die Johann Strauß'sche Operette „Eine Nacht in Venedig“ in einer musikalischen Neubearbeitung von Korngold heraus. Dieser Neuaufstellung liegt die herrliche und kühne Wiesbadener Neubearbeitung unseres hiesigen Intendanten Dr. Carl Dagemann zugrunde, die bereits von mehr als 60 Bühnen erworben und mit größtem Erfolg aufgeführt wurde.

Wissende Kunst und Musik. Wie aus dem Haag gemeldet wird, wurde in den Räumen des Haager Kunstkring eine Ausstellung deutscher Graphiker eröffnet. Die Blätter entstammen dem Besitz des staatlichen Kupferkabinetts Berlin.

Wissenschaft und Technik. Unter dem üblichen akademischen Gepränge fand am Sonntag in der Frankfurter Universität die Übergabe des Rektorats an den neuen Rektor Prof. Dr. Burckard von der juristischen Fakultät statt. Dem Jahresbericht zufolge zählt der Lehrkörper gegenwärtig 236 Lehrkräfte und 6093 Hörer, darunter 5032 eingeschriebene Studenten. Zu Ehrenbürgern der Universität wurden ernannt Geheimrat Hans Panfili Heinrich Emden, Konrad Rosenberga, Oberbürgermeister Voigt, Ministerialdirektor Gerlach, sämtlich aus Frankfurt a. M.

fälle sind in seinen letzten Tagen nicht gerade selten. Daß der Monat ein unfreundlicher Geselle ist, zeigen seine deutlichen Namen: hier heißt er Wind- oder Nebelmonat, auch Nebelung. Erwünscht sind dem Landwirt Regenfälle im November, damit die Erde den nötigen Wasservorrat erhält, und eine Baurregel kündigt: Im November viel Regen, auf den Weiden viel Gras. Der Laubfall, der im Oktober bereits begonnen hat, hält im November weiter an, so daß die Bäume bald vollständig ihrer sommerlichen Zier beraubt sind. Auch Gärten und Feld bußen im November ihren Schmuck ein. Nach einer alten Wetterregel ist es gut, wenn diese Entlaubung früh im November erfolgt, dann heißt es: Rast im November das Land früh zur Erde, soll ein feiner Sommer werden. Die bekanntesten Posttage des November sind Allerheiligen (1.), Martini (11.) und Elisabeth (19.). Von Allerheiligen heißt es: Wenn's zum Allerheiligen kühlt, lege deinen Pelz bereit; von Martini: Wenn um Martini Nebel sind, wird der Winter meist gelind. Der Elisabethentag gilt als ein Kündiger des Winters, und von ihm wird gesagt: St. Elisabeth sagt's an, was der Winter für ein Mann. Die Abnahme der Tageslänge ist im November recht bedeutend, denn am Anfang des Monats ist der Tag etwa 9 Stunden 59 Min., am Ende des Monats um ungefähr 8½ Stunden lang, die Tage werden also im Verlauf des Monats etwa 1½ Stunden kürzer. Der Monat November hat 30 Tage, von denen 4 Sonntage sind; in ausgedehnten katholischen Gemeinden sind Allerheiligen (1.) und Allerheiligen (2.) Feiertage. In den evangelischen Kirchen feiert man am 1. November-Sonntag (in unserem Jahr am 4.) das Reformationstfest. Auf den 21. November fällt der Buß- und Betttag in Preußen. Der letzte November-Sonntag, der 26. November, ist in unserem Jahr zugleich auch der letzte Sonntag im Kirchenjahr, so daß der erste Dezember-Sonntag als erster Adventsonntag bereits in die Vorweihnachtszeit gehört.

Der Ermäßigungslohn beim Steuerabzug. Die Verhältnissahl, mit der der in der Zeit vom 16. bis 20. September in Geltung gewesene Ermäßigungslohn beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zu veranschlagen ist, beträgt nach Bekanntmachung des Finanzamts im Angelegenheit dieser Nummer vom 28. Oktober ab 6000. In der gleichen Bekanntmachung wird auch die Veranschlagungssahl für die Sachbesitzer vom 1. November ab mitgeteilt.

Wertbeständige Zahlungsmittel bei der Post. Als wertbeständige Zahlungsmittel nimmt die Reichspost Rentenmarktscheine, Goldanleihscheine und Zwischenscheine an und gibt sie wieder aus. Die Umrechnung erfolgt nach dem Goldumrechnungssatz für Reichsmark, der täglich durch Reichstelegramm veröffentlicht wird. Der Dollar der Goldanleihe und der Zwischenscheine wird dabei mit 4,20 gerechnet. Jede Kursänderung wird im Schaltersaal ausgeschrieben. Der neue Kurs gilt stets für den nächsten Tag. Die Kassenscheine werden vorläufig in Papiermark weitergeführt. Ein wie Auszahlungen haben vorläufig auf Papiermark zu lauten. Bei den Bestandsaufnahmen werden die Bestände nach Reichsmark, Rentenmark, Goldanleihe und Zwischenscheinen unterschieden und ebenfalls in Papiermark umgerechnet.

Die Wetterlage. Der Druckantizyklon über Zentralasien wird nur vorübergehende Besserung der Witterung bringen. Die warmen Südwinde erhalten die Temperaturen weiterhin auf übernormaler Höhe.

Einkauf der Ausgabe von Krankenmilchkarten. Wie der Magistrat im dem Angelegenheit der heutigen Ausgabe bekannt gibt, wird ab morgen, den 1. November d. J., von dem städtischen Milchwirtschaftsamt die Ausgabe von Milchkarten an Privatfranken eingestellt. Die Notwendigkeit dieser Maßnahme wird durch die große Milchknappheit, welche schon seit Monaten die Belieferung der Frankfurter in so weit wie gar nicht gestattete und für die Kranken neben der unruhigen Ausgabe für ein ärztliches Zeugnis nur Bedrüh und Zeitverlust mit sich führte, bedingt. Auch in unserer Nachbarstadt Mainz, welche sich in Bezug auf die Milchlieferung in der gleichen Lage befindet, ist die Ausgabe von Krankenmilchkarten bereits seit 1. Juli eingestellt worden.

Die neuen Patentgebühren. Die Reichsregierung hat auf Grund des Erfindungsgesetzes vom 13. Oktober d. J. eine einstweilige Neuordnung des patentamtlichen Gebührenwesens beschlossen, die bis zur Ordnung unserer Verhältnisse eine vorläufige Anpassung der Gebühren an den jeweiligen Wert der Reichsmark nach Maßgabe der Beträge, die im öffentlichen Interesse geboten ist. Die Beibehaltung der Gebühren im Verhältnis zu den zu zahlenden Beträgen jedesmal ohne weiteres ziffernmäßig feststellen kann und so gegen Rechtsverluste infolge unzureichender Zahlung geschützt wird, ist an der Aufstellung des Tarifs im bestimmten, auf Reichsmark lautenden Gebührenkatalog festgehalten worden. Zur Anpassung an den wechselnden Wert der Reichsmark wird der Tarif monatlich zweimal (am 1. und 16. jeden Monats, zum erstenmal jedoch am 4. November dieses Jahres) von dem Präsidenten des Reichspatentamts

neu aufgestellt und im Patentblatt und Warenzeichnungsblatt veröffentlicht. Der am Anfang des Monats festgesetzte Tarif gilt für die zweite Hälfte desselben Monats, der Tarif vom 16. für die erste Hälfte des folgenden Monats. Als Grundgebühren dienen die im Tarif vom 9. Juni 1923 angegebenen Gebührenhöhen; sie sind mit der Maßzahl zu veranschlagen, die jeweils für die Bezüge der Beamten maßgebend sein wird. Für die Zeit vom Inkrafttreten der Verordnung, d. h. vom 5. November d. J., bis zum 15. November d. J., gilt ein der Verordnung beigefügter Tarif, der unter Zugrundelegung der Maßzahl 311 000 aufgestellt ist. Darin wird für die Zeit vom 5. bis zum 15. November d. J. die Anmeldegebühr bei Patenten 19 Milliarden betragen, die Jahresgebühr für das erste und zweite Patentjahr ebenfalls. Die Jahresgebühren steigen allmählich bis zum 18. Patentjahr auf 2220 Milliarden. Für die Anmeldung eines Gebrauchsmusters ist eine Gebühr von 12,5 Milliarden, für die Verlängerung der Schutzfrist eine solche von 12,5 Milliarden festgesetzt. Bei Warenzeichen beträgt die Anmelde- und Eintragungsgebühr 19 Milliarden, die Jahresgebühr 6,5 Milliarden, die Erneuerungsgebühr 79 Milliarden. Die Gebühr für den Antrag auf Ausfertigung eines Prioritätsbescheides ist auf 2,5 Milliarden, die Reichsgebühr für den Antrag auf internationale Markenregistrierung auf 37,5 Milliarden festgesetzt. Bei Nachzahlung einer Patentjahresgebühr oder der Gebühren für Verlängerung eines Gebrauchsmusters und für Erneuerung eines Warenzeichens ist ein Zuschlag von 50 v. H. des nachstehenden Betrags zu entrichten. Eine wichtige Neuerung besteht darin, daß die Höhe der Gebühr sich im Zukunft nicht mehr nach den zur Zeit der Fälligkeit maßgebenden Gebührenhöhen bestimmt, sondern regelmäßig nach dem Tarif, der am Zahlungstag gilt. Um bei den häufig wechselnden Tarifen eine Sicherung gegen den Verlust von Schutzrechten zu geben, ist für Patente und Gebrauchsmuster die bisher nur für Warenzeichen geltende Maßnahme getroffen, daß kein Schutzrecht wegen Nichtzahlung oder nicht ausreichender Zahlung einer Gebühr erlischt, bevor dem Inhaber durch einen amtlichen Bescheid eine bestimmte Frist zur Zahlung der Gebühr gesetzt worden ist. Im übrigen ist in der Verordnung hinsichtlich aller Gebühren, deren nicht rechtzeitige Zahlung nach Gesetzes Nachteil mit sich bringen würde, eine gewisse Verjährung der Zahlungsfrist vorgesehen, um Beteiligten, die in Unkenntnis einzelner Tarifveränderungen zu wenig entrichtet haben, die Möglichkeit der Nachzahlung offen zu halten.

Bureauverteilung der Regierung. Die Geschäfte der preussischen Regierung werden, wie uns mitgeteilt wird, bis auf weiteres in den einzelnen Dienststellen wie folgt erledigt: 1. im Oberpräsidium des Landes, Friedrichstraße 32 (gegenüber der Kasse); befindet sich das Geschäftszimmer des Regierungspräsidenten und das Präsidialbüro, ferner a) Kommunalangelegenheiten, b) Gewerbeangelegenheiten, c) Polizeiwesen, d) Verkehrs- und Autowesen; 2. im Bezirksamt, Lützenplatz 3: a) Wohnungsangelegenheiten und sonstige Wohnungsangelegenheiten, Reichsmietensachen, Enteignungen im Wohnungsinteresse, b) gewerbliche Nachschauen, c) Medizinalangelegenheiten; 3. im Gebäude R. Heintze 35/37: a) Förderung von Wohnungsbau (Landes- und Reichsdarlehen), b) Klein- und Sozialrentnerfürsorge, c) Tiefbau (Mettelnationen), d) Wohlfahrtsfürsorge, e) Erwerbslosenfürsorge; im Gebäude R. Heintze 35/37 (Katasterverwaltung): Hochbauabteilung und Bau- und Feuerpolizei.

Die steuerpflichtige Abfindung. Eine Abfindung für den Verlust einer Stellung muß nach einem Urteil des Reichsfinanzhofs als Einkommen versteuert werden. Ein Brauer verlor infolge des Zusammenstosses der Brauerei mit einer anderen seine Beschäftigung und erhielt dafür eine Entschädigung von 10 000 M. Das Finanzamt rechnete den Betrag zu seinem steuerpflichtigen Einkommen. Nach dem Finanzhof müssen zwar nach einem auf der Quellentheorie aufgebauten Einkommensteuergesetz Entschädigungen dieser Art steuerfrei sein, nicht aber nach dem Reichseinkommensteuergesetz, das der Steuer Entschädigungen unterwirft, die als Ersatz für entgehende Einnahmen gewährt werden; auch eine Abfindung für die Stilllegung eines Betriebs. Hieran ändere auch der Umstand nichts, daß daraus die Kosten der Gründung einer neuen Erfindung zu bestreiten sind.

Staatsbeiträge für Privatschulen. Für Staatsbeiträge an private mittlere Schulen hat neue Grundätze aufgestellt worden. Eine Verpflichtung dazu erkennt der Staat nicht an, will aber helfen, um Anhalten zu erhalten, deren Weiterbestehen im öffentlichen Interesse geboten ist. Die Beiträge werden in der Regel auf 3 Jahre, zum erstenmal 1923 bis 1925 bewilligt. Eine privatrechtliche Verpflichtung der Staatkasse tritt nicht ein. Berücksichtigt werden mit Ausnahme der reinen Privatschulen die Schulen, die nicht zu den privaten Volksschulen und den privaten anerkannten höheren Lehranstalten zählen. Sie müssen mindestens die Schulgebäude erhalten, die an öffentlichen mittleren Schulen der Gemeinden mit ähnlichen Verhältnissen gefordert werden.

Berücksichtigt werden können auch Schulen, die von Religionsgemeinschaften unterhalten werden. Genaue Bestimmungen regeln die Berücksichtigung der Gehälter der vollbeschäftigten Bediensteten, die der Beihilfe zugrunde liegen.

Invalidenmarken für Hausgehilfen. Wie uns das städtische Versicherungsamt mitteilt, beträgt der Wert der Sachbesitzer (Kost und Wohnung) für die Woche vom 29. Oktober bis 4. November 1923 täglich 3 Milliarden 958 Millionen Mark. Infolgedessen sind für diese Woche für Hausgehilfen Invalidenmarken der Klasse 47 auf 520 Millionen Mark zu stellen. Für die Woche vom 22. bis 28. Oktober waren Marken zu 190 Millionen Mark zu verwenden.

Die Beleidigungen nehmen ab, wenigstens so weit sie vor den Schiedsmann gebracht werden. Bei der Zahlung werden sie mit den Körperverletzungen zusammengeworfen, die aber kaum eine Rolle spielen. Beleidigungen und Körperverletzungen waren im Jahre 1918 in Preußen 113 789 vor den Schiedsmann gebracht worden. Die Zahl stieg seitdem bis 1921 auf 228 430. Zum erstenmal ist sie 1922 um 10 929 auf 217 501 zurückgegangen. Die Zahl der Sachen, in denen beide Teile zur Schlichtung erachtet werden, ging von 109 297 auf 105 989 zurück, die durch Schlichtung mit Erfolg erledigt wurden, von 67 760 auf 65 509. Die meisten Beleidigungen und Körperverletzungen entfallen auf den Bezirk des Kammergerichts Berlin mit 34 443, dann auf den Oberlandesgerichtsbezirk Breslau mit 29 897, dann 27 223, Raumburg 24 465, Düsseldorf 19 664, Köln 18 183, Celle 13 817, Königsberg 12 094, Stettin 9893, Frankfurt a. M. 9554, Kassel 7243, Kiel 6721, Marienwerder 3764. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten kamen nur 4613 vor den Schiedsmann, gegen das Vorjahr 352 mehr.

Größere Sterblichkeit der Frauen. Eine der ersten Lebensversicherungsanstalten der Vereinigten Staaten, die Metropolitan Life Insurance Company, veröffentlicht eine interessante Statistik über die Verteilung der Sterblichkeit auf die beiden Geschlechter. Es wird festgestellt, daß die Sterblichkeit der amerikanischen Frauen in den letzten Jahren immer mehr zugenommen hat. Die Gesellschaft hat auch die Ursachen dieser auffälligen Erhöhung ermittelt. Bis vor kurzem sei die Sterblichkeit des männlichen Geschlechts die größere gewesen, und zwar in allen Lebensaltern. Dies Verhältnis habe sich in den letzten Jahren aber total umgekehrt, nicht nur in den Vereinigten Staaten und in Kanada, sondern auch in der ganzen Welt. Selbst bei der häufigen Erkrankung bei der Frauenhälfte der weiblichen Sterbefälle in den letzten Jahren ständig gestiegen. Die Gesellschaft kommt zu dem Schluss, daß die moderne Frau nicht mehr so wie früher den Anstrengungen der Mutterkraft gewachsen sei. Denn sei auch ihre Empfindlichkeit für Krankheiten aller Art immer größer geworden, und besonders viele Frauen seien an verhältnismäßig harmlosen Krankheiten wie Influenza usw. gestorben. Krankheit, die der Mann viel leichter überlebe. Weiter sei beobachtet worden, daß die Frauen neuerdings der Tuberkulose in viel stärkerem Maß zum Opfer fallen als die Männer.

Abnahme der ansteckenden Krankheiten. Die ansteckenden Krankheiten nahmen seit 1921 dauernd ab. Der starke Rückgang der gemeldeten Erkrankungen an ansteiglichen Krankheiten 1922 gegen das Vorjahr hat auch in der ersten Hälfte dieses Jahres angehalten. Im Vergleich zur ersten Hälfte des vorigen war der Rückgang in diesem Jahr am größten bei Diphtherie, Scharlach, Ruhr, Rindpestfieber und Genickstarre, bei Typhus und Trachom unbedeutend. Die Kriegskrankheiten, Fleckfieber, Bosen usw., haben ihre Bedeutung verloren. Eine geringe Zunahme zeigte nur Malaria. Diphtherie ging von 1921 auf 1922 von 63 018 auf 37 949 zurück, vom ersten Halbjahr 1922 zu demselben 1923 von 20 071 auf 17 227. Scharlach ging von der ersten Hälfte des vorigen Jahres zu der des laufenden von 14 709 auf 13 538 zurück, Typhus von 4214 auf 4116, Rindpestfieber von 3435 auf 3072, Ruhr von 1815 auf 1276, Genickstarre von 1019 auf 759, Trachom von 792 auf 662, Tollwut von 41 auf 28, Fleckfieber von 358 auf 22, Trichinose von 108 auf 13, Bosen von 194 auf 8, Rückfallfieber von 15 auf 1.

Waldvögel als Geflügelfutter. Der unschätzbare Geflügelfutter gewinnt leicht allerlei Strohmittel des kostbaren Körnerfutters in Wald und Flur. Sie wachsen aus kostenlos zu am Biersäuren und Strohensamen und an den Gehäusen des Weizenkörns in Gestalt der fett- und härtesten Baumkanten. Von dieser Art sind in erster Linie zu nennen die geflügelten Samen der Ahorne. Sie können frisch und getrocknet verfüttert werden. Auch das Erntemüll der Lindenamen lohnt sich. Sie müssen frisch besonders sorgfältig getrocknet werden, da sie leicht faulen. Ein weiteres wertvolles Geflügelfutter liefern die an Regen und Stößen, an Hasen und Säunen und in sogenannten Rebden (Rebden) im Sommer sehr ergiebigen Früchte des Weidenbaums, die vollständig auch unter dem Namen Weidenkörner oder Weidenkörner bekannt sind. Ihre

19. Fortsetzung

Nachdruck verboten.

Thomas Hüglins Sonnenflug.

Roman von Karl Gaudel.

Stumm hielt Westermann den Kopf gesenkt.

Er hatte es ja gewußt, o, er hatte es gewußt!

Da sah ihr Bild sich über sein Gesicht, ich abtötend und neugierig zugleich. „Bist du mir böse, Hans?“

Und in einer kindlich-mütterlichen Lebhaftigkeit, ganz dem bang sorgenden Gedanken folgend, der sie erfüllte, sagte sie im warmen Trösterton:

„Grün dich doch nicht, dummes Vieh, weil das aiberne Mädchen nicht will. Warte, ich sprech schon mit Großmama, und wenn es nicht anders geht, fahr ich zum Kaiser nach Berlin, du wirst doch noch Freiherr von Lehmann-Mergenthau, auch ohne daß du mich garstige Puppe zu Heiraten brauchst. Sei mir stille, Hans, die Genugtuung bin ich dir schuldig.“

Und sie sah ihn an, als müsse er jetzt ganz beglückt aufhauen, und war traurig, als nichts dergleichen geschah.

Über sein stilles, klares Gesicht flog der Schimmer eines wehmütigen Lächelns.

Wie sich sie war in ihrer ungeschwollenen Kindlichkeit. So süß, so süß. Und blühte doch für einen anderen, für den Abenteuerer.

Mit den Zähnen hätte er knirschen mögen vor Wut. Aber er bezwang sich.

Und sein Gesicht war wieder kühl und gelassen, als er mit müder, schleppender Stimme jetzt sprach: „Laß uns diese Stunde begraben, Kätzchen, sprechen wir von etwas anderem.“

Unbefangen plaudernd schritt er wieder dem Hause zu, ganz wieder sein eigener Herr.

Sie aber trippelte neben ihm her, erstaunt und verblüfft, wie ein bestrafte, kleines, verführtes Mädchen.

Und als er dann fort war, atmete sie erleichtert auf:

„Gott sei Dank! Die Gefahr war glücklich vorüber!“

8.

Über dem Rheintal leuchtete die Septembersonne. Die brannte strahlend, strahlend hernieder auf die unabsehbaren Menschenmengen, die zu Fuß, zu Rad oder auf den zweirädrigen, stählernen Wägen der Bauern des Weges zogen, die Straße entlang, die wie die Strahlen eines Sternes alle in dem einen erstrebten Ziele zusammenliefen. Ab und zu rasselte ein Landauer, eine sogenannte Gartenlaube, vorbei. Wägen flogen hin und her, Lieder rauschten über die Köpfe der Wanderer hin und wurden verschlungen von dem Lärm der sich endlos dehrenden Straße.

Wo ein Wirtshaus am Wege stand, da stauten sich die Mengen: Mädchen lachten und freuten, Burden lachten und freuten, bis fauchend und tütend ein Auto durch den Staub segte, alles zur Seite rutschte und gleich darauf in wehenden Wolken verschwand.

Und weiter wälzte sich die Menge, unaufhörlich, unabsehbar, dem gemeinsamen Ziele zu, dem Flugplatz Wahn.

Ein neuer Prophet war aufgestanden, der hieß... der „Sturmgeißel“. Sollte die Lüste beherrschen, un- eingeschränkt, wie der Adler sollte er nicht Angst noch Rot kennen und ungeahnte Taten verrichten. So meldeten die Zeitungen.

Es würde ein Aufsehen erregendes Ereignis geben. Der weite Platz, von Wachmannschaften der Deutzer Garnison abgeperrt und bewacht, lag in Sonnenglut und Farbensplanz. Weit hinten hoben sich weiß, wie riesige Zelte, die Hangars von der schimmernden, arm- seligen, niedergetrampelten Grasnarbe ab, diese Reiter der vielbestaunten Reiterwölfe, und derjenige von ihnen, dessen Fittich die wehende deutsche Flagge schmückte, umschloß mit seinen schwingenden Händen das wunderbare Jabeltier, das heute den ersten sieghaften Flug machen sollte: der „Sturmgeißel“!

Thomas Hüglin war bei ihm in dieser Stunde. Er allein.

Sein ganzes Wissen und Können, die große phantastische Kraft seines Geistes, sein ganzes Sein hatte er hineingegossen in dieses Werk. Nun war es geworden, gewachsen, gereift unter seinen Händen, war ein Teil seiner selbst geworden, der kühl und stark gefügte Leib, dessen Seele zu sein er selbst bestimmt war. Wie Schöpfergedanken durchdrangte es ihn.

Sorgfältig hatte er nochmals alles geprüft, mit suchenden Händen den Motor, die Hebel, die Verbindungsglieder betastet.

Und seufzte befreit auf und trat aus der dämmernen Halle in den hellen, juchenden Tag.

Da sah er die Menge, wie sie unabsehbar wie ein eherner Kordon den weiten Platz umlagerte, sah dieses weite, flache Feld, das die Geburtsstätte seines Ruhmes werden sollte, sah die bunten Gruppen der Auserwählten, die sich hier zwanglos und schillernde Farbenkontraste leuchtend auf weitem Plane durcheinander bewegten, die leuchtenden Toiletten der Damen, die blinkenden Klappstühle der Offiziere, die Knappe, schmucke Sport- dreh der bekannten Herrenflieger. Und dazwischen wie weiße Sonnenflecke die Panamas der Zivilisten.

Ein unbändiger Stolz durchzuckte sein Herz...

Heute herrschte er im deutschen Vaterlande, Stund- den noch, und der Dracht würde seinen Namen hinaus- tragen in alle Erdteile, ruhmvoll, sieggetrönt, un- erreichbar.

Und der dunkle Schnurrbart sträubte sich, die klüh- geschwungenen Lippen formten ein wildes, jubelndes Siegeswort.

Und gleich darauf knirschten die weißen Zähne: „Amerika, dies ist die Rache für die zwei bewußten Jährchen!“

Er schaute sich um. In nächster Nähe standen die bekannten Herrenflieger plaudernd zusammen.

Jeannin, Sirth, Bollmüller, wie sie alle heißen mochten.

Aus der schwärmenden Gruppe löste sich eine Gestalt und kam auf ihn zu.

Vorteil des Vohlensunders ist der, daß er für Zuckerfranke unerschöpflich ist. Schnapsbäken im Dollarland. Kürzlich wurde eine der in neuerer Zeit in auffeulender Menge aus Kanada nach den Vereinigten Staaten eingeführten großen, in schweren Strahlband eingetragenen Bibern näher untersucht und es zeigte sich, daß Einband und Goldschnitt nur die Tatsache verhüllten, daß das Buch eine neuartige, sehr umfangreiche Schnaps-Kasse war.

* Georges Geilling u. Cie., A.-G., Bacharach a. Rh. Die 20 Mill. M. vollgezahlten Stammaktien, neben denen noch

MOTOR-SPORT H. & P. Poulet
Saalgasse 28 WIESBADEN Telefon 1067.

Zu dem unter dieser Überschrift veröffentlichten Aufruf des Städtischen Gießhütten sind uns eine Anzahl Zuschriften zugegangen, die sich in der Hauptsache mit dem Standpunkte des Konsumenten und Angehörigen zu dem Thema befassen. Es ist uns leider nicht möglich, die Zuschriften wegen ihres Umfanges vollständig zu veröffentlichen. Wir

In einer anderen Aufschrift heißt es u. a.: Solange sämtliche Arbeitsnehmer noch in Papiermarkt befaßt werden und im Verhältnis zu ihrem Friebsenseinkommen nur einen Bruchteil erhalten, kann auch der Einzelkaufmann nicht das Recht für sich beanspruchen, sich alles erhalten zu müssen, während weite Schichten der Bevölkerung einfach der Verelendung preisgegeben werden. Es wäre ein großes Unrecht, wenn der Einzelkaufmann verlangen wollte, daß die ganzen Löhne, die wir alle gemeinsam tragen müßten, nur auf die Schultern der Arbeitsnehmer aufgeladen werden sollten. Mit noch größerer Sorge als der Kleinhandels sieht doch bestimmt die gesamte Arbeiterschaft, gleichwohl als Beamter, Angestellter oder Arbeiter, den kommenden kühnen Winter entgegen. Wer aus diesen Kreisen kann für einen Zentner Kartoffeln 16 bis 18 Franken oder einen Dostler bezahlen? Wer kann für einen Zentner Kohlen 2 holländische Gulden aufbringen? Nicht ist es ja, daß der Ruin der Kleinkaufleute auf der Ruin seiner Angestellten sein wird, sondern vielmehr wird auch der Einzelkaufmann sowie weitere Wirtschaftskreise dem Ruin entgegengehen, wenn man den Angestellten, Beamten und Arbeitern auch weiterhin die Goldmarkbezahlung in Anbetracht der allgemeinen Goldmarkberechnung vorenthält. Wir haben, wie der Verfasser des Artikels richtig sagt, den Krieg verloren und müssen gemeinsam die Auswirkung dieses verlorenen Krieges tragen. Aber auch gemeinsam. Die Verhältnisse werden sich für uns ungeliebtes Wirtschaftsleben nicht ever bessern, also man den Käufern, und zwar der Masse der Käufer, den Arbeitern, Angestellten und Beamten, die Möglichkeit gibt, wieder zu kaufen. Auch der Einzelkaufmann müßte dabei in seinen wirtschaftlichen Organisationen unbedingt für eine faufkräftige Regelung eintreten, denn im gleichen Moment wird sich auch seine Lage wieder bessern. Der Einzelkaufmann muß auch die außerordentlichen Schwierigkeiten mit denen heute die Käufer zu kämpfen haben, rechnen und muß bedenken, daß heute wohl auf jedem Arbeitsnehmer schwere Sorgen laßen.

Verantwortlich für Inhalt und Sendel: H. Reiff; für Unterhaltung,
Etablismenten und den obigen Schriftstell: H. Günther; für die
Anzeigen und Reflektoren: H. Dornau, sämtlich in Wiesbaden.
Druck und Verlag der R. Schellensberg'schen Buchdruckerei in
Wiesbaden.

Hinter der schönen Aussicht 10 — Telefon: Hansa (6185/86, 3040).
Vertreter: **H. Kruczinski, Wiesbaden, Rüdeshimer Str. 33** [Telefon 4165].

192

Leicht-Benzin — Lastwagen-Benzin

== Ia Auto- und Maschinen-Oele ==

Petroleum — Tetralin — Maschinen-Fette.

Ludwig Reh, Mineralöl-Grosshandlungs-Ges. m. b. H.

Mainz, an der Kaiserbrücke. — Tel. 4429, 5031.

Zweigniederlassung: Schierstein a. Rh. — Tel. 545 (Biebrich).

Vertreter: K. Oberländer. Tel. Wiesbaden 4809. [Nicht mehr 6486, H. Rath, Burgstr.]

Einstellung der Ausgabe von Krankenmilkarten.

Ab 1. November d. J. wird die Ausgabe von Milkarten für Kranke eingestellt. Die Einreichung eines ärztlichen Zeugnisses für Milchbezug beim Städtischen Milchwirtschaftsamt ist daher von diesem Tage an zwecklos. Die bis einschließlich 31. Oktober d. J. ausgeteilten Karten werden bis zu ihrem Ablauf weiter bedient, aber nicht verlängert werden.

Wiesbaden, den 31. Oktober 1923. F338
Der Magistrat.

Montag, 5. November 1923, 10 Uhr, werden beim Reichsvermögensamt am Hofplatz etwa 150 Kisten und Sarafte öffentlich an den Meistbietenden versteigert. F330
Reichsvermögensamt Wiesbaden.

Kurhaus Wiesbaden.

Freitag, 2. November 1923, 6½ Uhr, gr. Saal:

II. Zyklus-Konzert Gustav Mahler's Fünfte Symphonie

Leitung: Carl Schuricht.

Orchester: Städtisches Kurorchester.

Eintrittspreise: 4, 5, 7, 10, 12 Milliarden Mark.

Garderobegebühr: 500 Millionen Mark. F338

Städtische Kurverwaltung.



HAMBURG-AMERIKA-LINIE SCHNELLDIENST FÜR PASSENGER UND FRACHT HAMBURG CUBA-MEXICO HAVANA, VERA CRUZ, TAMPICO PUERTO MEXICO

Abfahrtsstage:
D. „Holsatia“ . . . 20. November
D. „Toledo“ . . . 22. Dezember

Vor- und Rückfahrten erster Klasse
(Steuerfrei) zweiter Klasse
Nacht-Klasse, dritter Klasse
und Zwischendeck

Nähere Auskunft über Fahrpreise
und alle Einzelheiten erteilt

HAMBURG-AMERIKA-LINIE

HAMBURG und deren Vertreter in:

WIESBADEN: Reisebüro

der Hamburg-Amerika-Linie,

Taunusstr. 11. Fernruf 3543.

sowie Koch, Lauteren & Co.

G. m. b. H., Kranzplatz 5.

MAINZ: J. F. Hillebrand, G.

m. b. H., Reiche Klarstr. 10,

und im Kaufhaus Tietz.

F 301

CYCLONETTE

gebraucht, aber gut erhalten, neu lackiert und vollkommen neu überholt, mit guterhaltener Bereifung, steht zu verkaufen bei 643

Th. Imme & Kessler, Ransbach (Westerwald).
Telephon 82. Besuch bitte avisieren.

Statt Karten.

Grefel Huelsmann

Wilh. Lied

Verlobte.

Wiesbaden, im Oktober 1923.

Gestern nachmittag verschied nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater

Stadtschulrat a. D.
Heinrich Müller
im 79. Lebensjahre.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Elise Müller, geb. Münzert.
Wiesbaden, den 30. Oktober 1923.
Gustav-Adolf-Str. 7.

Die Beerdigung findet statt Donnerstag vormittag, 10½ Uhr.

Für die Wäsche
nur

Stroewag-
Kern-
Seife

Alleinige Hersteller

Stroedter-Werke A.G., Biebrich a. Rh.

Zu haben in allen einschlägigen-Geschäften.

Vertreter: Ferdinand Wegener
WIESBADEN, Herderstraße 19.
Telephon 5346.

Engl. Zechenkoks
Engl. Nuß II

liefert zu günstigen Preisen

Kohlenhandlung Heinrich Rohrbasser

Sedanstraße 8.

Telephon 1268.

Auto-Simonfine

gebrauchter, aber vorzüglich erhaltener Wagen,
10-14 Steuer PS., nur erste Marke, zu laufen
gekauft. Off. u. N. 726 a. d. Tagbl.-Berl. 642

1 Posten Pelzjacken und -mäntel

auch einzeln, sehr preiswert zu verkaufen.

Pelzmantelfabrik Rheinstr. 17, 1. Et.

KAKAO.

Ein Waggon Holländer Kakao, garantiert rein,
eingetroffen, auch werden Originalkisten von
101 Kilo abgegeben, sowie Van-Eta-
Vollmilch-Bruch-Schokolade.

Spanisches Paradies

Neugasse 18.

Telephon 1238.

Renault-Automobil

hochelegante Pariser Pullman-Limousine,
geschlossener Fahrersitz, 13/32 PS., 6sitzig,
1913 gebaut, vollständig wie neu, insgesamt
nur 10.000 Kilometer gelaufen,

zu verkaufen.

Nah. A. Lust, Wiesbaden, Schiersteiner
Straße 27, II.

Guterhaltene

Motorrad „Allrigh“

englische Marke,

Getriebemaschine, 3 Gänge u. Leerlauf (mit allen
Schikanen), Kilometerzähler, Lampe, Soziussitz,
Luxuskoffer, umständehalber zu verkaufen.
Anzusehen bei EIKELMANN, Aarstraße 15.

Unterricht

Bulgarischer Unterricht

gekauft. Angeb. m. Preis-
angabe u. E. 546 T. Berl.

Französisch

erteilt juna. Französin d.
Universität Paris. Ang.
unter 5. 511 an den
Taabl.-Berlag.

Verloren * Gefunden

Armes Mädchen
verlor auf dem Bierstadter
Berg Kuffel mit Halb-
schub u. versch. Abzugeh.
a. Bel. Frankfurt 23. D. 1
Verloren dunkl. Herren-
Ueberzieher a. d. Wege
Grabenheim. Wiesbaden.
Ab. a. a. Bel. b. Martin.
Dreizehnenstraße 3, 1. Et.

Entlaufen!

Schäferhündin
mit Halskette, auf den
Namen „Alta“ hörend,
11 Monate alt, entlaufen.
Gegen hohe Belohn. abzu-
geben bei Herblins, Kero-
straße 34. Telephon 2535.
Vor Anlauf m. anmerkt

Bon Frankfurt

(Güterbahnhof)
werden Kartoffeln, ver-
sollte Güter, Lebensmitt.,
ausgekauft, nach allen
Richtungen, auch vom hie-
sigen Bahnhof Kartoffeln
abgeholt. Telephon 4731.

Karl Wagenbach,
Nettelbedstr. 16, 2. Hof B.
Annahme: Frietur Jung,
Bismarckstr. 37.

Preiswertes Angebot
in Damen- u. Herren-
Wäsche, Bettwäsche,
Flanelle, Schürzenstoff,
Einsatzhemden,
Ärmelfutter, Wollserge
usw.

Keh, Bertramstr. 21, Mth. 1.
Marmelade verkauft
billig
Mantel, Lufsenstr. 16, Stb.

Thalia

Lya Mara
Erich Kaiser-Titz
in dem fiktigen Drama

Tanja,
die Frau an
der Kette.

Regie: Frdr. Zelnik.

Ferner:
Eine neue
Fatty-Groteske.

Staats-Theater

Kleines Haus.

Donnerstag, 1. November.

5. Vorstellung: Stimmteile 4.

Lady Windermere's

Gäher.

Romdie in 4 Akten von Oscar

Wilde. Uebersetzt und bearbeitet

von Carl Hagenmann.

Bord Windermere . . . G. Albert

Lady Windermere . . . S. Mund

Die Herzogin von Berwick

Baroness . . . Margt. Ruhn

Lady Winthorpe . . . Maria Ruhn

Lady Winthorpe . . . Doppelbauer

Lady Geburgh . . . J. Schuch

Lady Stufeld . . . S. S. Hummel

Mrs. Lowper-Somner . . . S. S. Hef

Mrs. Elgione . . . Thia Hummel

Bord Augustus Gordon

Bernh. Hermann

Bord Darlington . . . Kurt Sehnig

Mr. Cecil Graham . . . Breitkopf

Mr. Dumbo . . . G. Schwab

James . . . Hans Bernhödt

Rosale . . . Josef Beng

Barter . . . Friedrich Bräuer

Das Stück spielt in London in der

Stadt vierundzwanzig Stunden.

Rach dem 2. Akt 15 Min. Pause.

Im Groß. Saale des Rathhauses

Cavalleria rusticana.

Oper von Pietro Mascagni.

Santuzza . . . Edith Wörter

Turiddu . . . Ed. Sentes

Alfo . . . Ed. Sentes

Luca . . . Ed. Sentes

Der Bajazzo.

Drama in 2 Akten. Dichtung

und Musik von R. Leoncavallo.

Canio . . . Chr. Streib

Editta, sein Weib . . . M. Sommer

Tomio . . . Max Roth

Beppo, Komdiant . . . G. Schorn

Giulio, Bauer . . . Karl Röther

Erster Bauer . . . G. Wengrich

Zweiter Bauer . . . Hans Schub

Rustal-Leitung: Dr. M. Tanner.

Rach „Cavalleria rusticana“

15 Minuten Pause.

Rathaus-Konzerte

Donnerstag, 1. November.

Nachmittags 3.30 Uhr.

Abonnements-Konzert

Städtisches Kurorchester.

Leitung: Musikdirektor

Herrn. Jmer.

1. Ouvertüre zu „Martha“ von

F. v. Flotow.

2. Erinnerung an Lortzing.

Fantasie von F. Rosenkranz.

3. Largo cantabile, Fie-dur von

Jo. Haydn.

4. Finale (1. Akt) aus „Don

Juan“ von W. A. Mozart.